

Pressemitteilung vom 22.04.2014

### **Mehr Mittel aus Berlin. Eingliederungsmittel der MainArbeit für 2014 werden aufgestockt.**

Das kommunale Jobcenter MainArbeit bekommt in diesem Jahr mehr Mittel für Eingliederungsmaßnahmen als ursprünglich von der Bundesregierung geplant. Wie Sozialdezernent Felix Schwenke mitteilt, hat Ministerin Andrea Nahles damit die Zusage aus dem Koalitionsvertrag für dieses Jahr umgesetzt, den Jobcentern in Deutschland insgesamt 350 Millionen Euro zusätzlich für Eingliederungsmaßnahmen und zur Deckung ihrer Personalkosten zur Verfügung zu stellen.

Für die MainArbeit stehen damit gut 930 Tausend Euro zusätzlich zur Verfügung. Nach den bisherigen Planvorgaben aus Berlin waren für das Jobcenter gut 21 Millionen Bundesmittel für Eingliederungsmaßnahmen und Verwaltungskosten vorgesehen. Jetzt kann man mit 22 Millionen rechnen. Damit sollen, wie Schwenke erläutert, Maßnahmen zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen ausgeweitet werden. Die entsprechenden Planungen sollen um gut 500 Tausend Euro aufgestockt werden. Dazu wird man einen Puffer bilden, um Kostensteigerungen im Jahresverlauf auffangen zu können. Er habe den Auftrag an das Jobcenter erteilt, die Planungen für das Jahr umgehend zu aktualisieren und die Mittel zu binden. „Ich freue mich, dass Ministerin Nahles Wort gehalten hat. Wir können die Förderung für die besonders Benachteiligten wieder etwas ausweiten, nachdem wir in den letzten Jahren starke Kürzungen hinnehmen mussten. Diese Kürzungen sind mit der jüngsten Aufstockung allerdings noch keineswegs ausgeglichen. Ich hoffe aber, dass diesem ersten Schritt in die richtige Richtung weitere folgen. Die Arbeitsförderung in den Jobcentern ist nämlich nach wie vor unterfinanziert,“ kommentierte Schwenke.

Nach wie vor statte der Bund die Städte nicht ausreichend mit Mitteln aus, um Arbeitslosigkeit und Armut wirksam zu bekämpfen. Gerade Städte wie Offenbach, die historisch bedingt besondere Lasten des Strukturwandels und der Integration von Zuwanderern zu tragen hätten, brauchten mehr aktive Unterstützung vom Bund: „Ich kann nur hoffen, dass bei der neuen Bundesregierung das Bewusstsein wächst, dass es ohne funktionierende Städte weder sozialen Frieden, noch einen ausgeglichenen Arbeitsmarkt und gesellschaftlichen Zusammenhalt geben kann. Das sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, in die der Bund stärker als bisher investieren muss.“

Rückfragen: Matthias Schulze-Böing, T. 8065-8200; [schulze-boeing@offenbach.de](mailto:schulze-boeing@offenbach.de)